

IHKschriftenreihe



Nr. 36 · März 2015

# Baustelle Nationalstaat

Dr. Kurt Weigelt





# Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| Zusammenfassung                                       | 4  |
| 1. Vorgeplante Mausoleen                              | 6  |
| 2. Die Konstruktion der Schweiz                       | 8  |
| 3. Ohne Emotion keine Nation                          | 9  |
| 4. Nationalstaat und Globalisierung                   | 11 |
| 5. Was nicht sein darf, kann nicht sein               | 12 |
| 6. Baustelle Nationalstaat                            | 15 |
| 7. Von der nationalen Einheit zur nationalen Vielfalt | 17 |
| Literaturverzeichnis                                  | 21 |


## Zusammenfassung

**«Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.»**

(Aristoteles)

Als Nation, die nicht über kulturelle Merkmale definiert werden konnte, war die Schweizerische Eidgenossenschaft nach der Staatsgründung im Jahre 1848 in besonderem Masse darauf angewiesen, die Einigung im Innern zu fördern und dem Land zu einer gemeinsamen Identität zu verhelfen. Dazu gehörte ein nationales Geschichtsbild mit fiktiven Vorfahren. In den Dienst der nationalen Einheit stellte man aber auch ganz reale Unternehmen wie die Post oder die Schweizerischen Bundesbahnen. Entscheidend war zudem die Integration politischer Minderheiten in die Regierungsverantwortung. Beschleunigt wurden diese Integrationsprozesse in den Krisen- und Kriegszeiten des 20. Jahrhunderts. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft entwickelte sich zu einer Mischform von staatlich gelenkter und marktwirtschaftlich offener Ökonomie. Man wollte der Gefahr von aussen geschlossen entgegentreten. Dies ist im Grundsatz noch heute so. Wir sind unverändert im Krisenmodus des 20. Jahrhunderts unterwegs.

Die Vorstellung in sich geschlossener Nationalstaaten war nie viel mehr als eine Fiktion und wird durch die Globalisierung und die Digitalisierung weiter relativiert. Die Entgrenzung von Ökonomie, Gesellschaft und Kultur reduziert die Freiräume für souveräne, nationalstaatliche Entscheidungen. In einer Welt voller Optionen, Überraschungen und Neuerungen tritt der Aspekt der Pluralität in den Vordergrund. Es geht nicht mehr um die nationale Einheit als vielmehr um die Vielfalt innerhalb und ausserhalb nationalstaatlicher Grenzen. Erfolgreiche Gemeinwesen setzen auf den Wettbewerb der Ideen und der Institutionen. Dazu im Widerspruch stehen politische Kartelle. Konkordanz, Sozialpartnerschaft und Service public



führten uns mit Erfolg durch die Krisenzeiten des vergangenen Jahrhunderts. Heute weht ein anderer Wind. Diesen können wir nicht ändern, aber die Segel anders setzen:

Regierungen sollten künftig durch Parteien gebildet werden, die sich in den entscheidenden Fragen auf ein gemeinsames Programm einigen können. Die Nicht-Regierungsparteien verfügen dank der direkten Demokratie über starke Instrumente, der Regierungsmehrheit auch zwischen den Wahlen Grenzen zu setzen. Referendum und Initiative sind keine Bedrohung der nationalen Einheit, sondern topaktuelle Werkzeuge des politischen Wettbewerbs.

Die mit staatlichem Zwang ausgestattete Sozialpartnerschaft der Funktionäre ist in eine echte, innerbetriebliche Zusammenarbeit von mündigen Menschen zu verwandeln. Auch in diesem Zusammenhang ist Vielfalt zuzulassen. Dies im Interesse der einzelnen Menschen und ihres Anspruchs auf eine individuelle, selbstbestimmte Lebensgestaltung.

Aus der Transformation der analogen in eine digitale Welt ergeben sich zahllose Chancen für neue Unternehmen, Produkte und Arbeitsplätze. Diese Chancen können wir jedoch nur wahrnehmen, wenn wir in den Wachstumsbranchen Bildung, elektronische Medien, im Gesundheitssektor und bei der Infrastruktur die Herausforderungen der Zukunft zu Verbündeten machen, Staatsmonopole abbauen und private Initiative fördern.



# 1. Vorgeplante Mausoleen

Im Jahre 1740 übernahm Abt Cölestin Gugger von Staudach aus Feldkirch mitten in turbulenten Zeiten die Verantwortung für die Fürstabtei St.Gallen. Die Toggenburger machten Schwierigkeiten. Unzufriedenheit herrschte auch in Gossau, in Grub, in Rorschach. Mit dem Bischof von Konstanz stritt man sich im Jurisdiktionsprozess über Fragen der Kirchenvisitation. Bei Auseinandersetzungen im Rheintal mussten die eidgenössischen Orte Ruhe schaffen. Als der Abt 17 Jahre später starb, stand die Fürstabtei nach innen und aussen glänzend da. Cölestin Gugger von Staudach hatte es verstanden, die Auseinandersetzungen zu schlichten, die klösterliche Disziplin zu stärken und beträchtliche Vermögenswerte auf die Seite zu legen. Vor allem aber blieb Abt Cölestin als Bauherr in Erinnerung. Am 29. April 1757 legte er den Grundstein zum Bau der grossartigen barocken Klosterkirche. Die von Abt Cölestin eingeleitete religiöse, politische und kulturelle Blüte war jedoch von kurzer Dauer. Nur dreissig Jahre nach dem Abschluss der Bauarbeiten an der Stiftskirche war die Fürstabtei St.Gallen Geschichte. Mit dem Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft endete die politische Herrschaft des Kirchenstaates, 1805 folgte die Aufhebung des Klosters durch den Grossen Rat des Kantons St.Gallen.

Die barocke Kathedrale entstand in einer Zeit, in der sich die Erkenntnisse der Aufklärung und die Frühphase der industriellen Revolution daran machten, die Gesellschaft fundamental umzubauen. 1776 proklamierten in Nordamerika dreizehn britische Kolonien ihre Unabhängigkeit, 1789 verkündete die französische Nationalversammlung die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Scheinbar unberührt von diesen gesellschaftlichen Herausforderungen entstand in St.Gallen ein Monumentalbau, der die unbeschränkte Macht des absolutistischen Kirchenstaates symbolisierte. Die Stiftskirche steht damit geradezu beispielhaft für eine Erfahrung, die der leider fast vergessene C. N. Parkinson in den fünfziger Jahren mit dem Bild der vorgeplanten Mausoleen beschrieb. Perfektion in der Planung, so Parkinson, wird nur von jenen Institutionen erreicht, die sich am Rande des Ruins befinden. Während Perioden aufregender Entdeckungen oder Fortschritte hat kein Mensch Zeit, ein vollkommenes Hauptquartier zu erstellen. Dieser Zeitpunkt rückt erst heran, wenn alle bedeutende Arbeit getan ist. Perfektion ist ein Zeichen des Niedergangs. Dies gilt auch für Unternehmen. Der Erfolg von heute ist das Problem

von morgen. Erfolg fühlt sich gut an, macht satt und verhindert, dass Risikoreiches gewagt und wirklich Neues angepackt wird. Marktmächtige Unternehmen sind nur selten die Treiber wirklich revolutionärer Geschäftsmodelle.

Der Einmarsch der Franzosen und die neue Ordnung von 1798 bedeuteten nicht nur das Ende des Klosterstaates. In der Stadt St.Gallen lösten sich die Zünfte und die Gesellschaft zum Notenstein auf. In den Städten verloren die Zünfte und die Patrizierfamilien, in den Landsgemeindeorten die Alteingesessenen ihre Vorrechte. Sie alle hatten es verpasst, die Herrschaftsmentalität der Alten Eidgenossenschaft den sich verändernden gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Und dies, obwohl sich die Schweiz dank ihrer kommunalen Autonomie, der aufkommenden Industrialisierung und der Einbindung in internationale Handelsbeziehungen bereits früh mit dem gesellschaftlichen Wandel auseinandersetzen hatte. Es fehlte nicht an selbstkritischer Einsicht, aber an der Fähigkeit, den gewonnen Einsichten entsprechend zu handeln. Die ständische Elite war in einem Interessen- und Identitätskonflikt gefangen. Man identifizierte sich mit der bestehenden Ordnung, fand sein Selbstverständnis in der Vergangenheit, den goldenen Zeiten des Ancien Régime. In erster Linie aber befürchtete man den Verlust der mit den Vorrechten der Oberschicht verbundenen wirtschaftlichen Privilegien. Etwas salopp ausgedrückt, es fehlte die Kraft, das Geschäftsmodell «Alte Eidgenossenschaft» einer sich verändernden Welt anzupassen.

Von Jacob Burckhardt stammt die Erkenntnis, dass Geschichte nicht klüger für ein nächstes Mal, sondern weiser für immer macht. Der Untergang der Alten Eidgenossenschaft wird sich nicht wiederholen. Auch ich rechne nicht damit, dass die Franzosen in absehbarer Zeit in die Schweiz einmarschieren werden. Grundsätzlichen Erkenntniswert aber haben die Umstände, die zum Niedergang der alten Ordnung führten. Interessen- und Identitätskonflikte von Eliten, die Diskrepanz zwischen Einsicht und Handlungsfähigkeit, Trägheit als Folge von Erfolg, dies alles wiederholt sich. Mit Blick auf künftige politische Herausforderungen interessiert daher die Frage, wo wir heute mit dem Geschäftsmodell «Schweizerische Eidgenossenschaft» stehen? Unverändert im Aufbau, im Zustand der Sättigung oder gar in einer Phase der Gefährdung? Oder grundsätzlich, lassen sich mit dem Organisationsmodell des traditionellen Nationalstaates die Herausforderungen des

21. Jahrhunderts bewältigen? Diese Fragen können wir nur beantworten, wenn wir uns nicht in erster Linie mit dem Ende der Alten Eidgenossenschaft, sondern mit der Entstehung der modernen Schweiz befassen.

## 2. Die Konstruktion der Schweiz

Seit dem späten Mittelalter verharrte das Bündnisgeflecht der Alten Eidgenossenschaft in einem politischen Mikrokosmos, der Verbände unterschiedlichster staatlicher Qualität umfasste: republikanisch verfasste Stadtstaaten und Landsgemeindeorte, gemeine und einzelörtliche Herrschaften, die zum Teil ihrerseits über eigene Unterherrschaften verfügten, zugewandte Orte, darunter auch Monarchien wie die Fürstabtei St.Gallen und das Fürstbistum Basel sowie schliesslich exotische Protektorate wie die «Dorfrepublik Gersau» oder das «Reichsdorf Brissago» (Guggenbühl). Dieses Patchwork fiel immer stärker aus der Zeit. Die ständische Ordnung stand im Widerspruch zu den Ideen der Aufklärung, dem Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Herausgefordert wurde das Ancien Régime zudem durch den wirtschaftlichen Wandel. Dieser schwächte die Vorrangstellung der traditionellen Handelsfamilien sowie der Zünfte in den Städten und verlagerte die wirtschaftliche Dynamik auf das Land. Frankreich nutzte die Unzufriedenheit und förderte gezielt revolutionäre Bestrebungen. Anfang März 1798 ging die Alte Eidgenossenschaft mit dem Einmarsch der französischen Truppen unter.

Bis zur Gründung des modernen Bundesstaates sollte noch ein halbes Jahrhundert vergehen. Der Sieg der liberalen über die konservativ regierten Kantone im Sonderbundskrieg machte den Weg frei für die Bundesverfassung von 1848. Die neue Verfassung war die erste, die sich das Schweizer Volk selbst gab. Sie verband das nationale Prinzip mit dem Fortbestand der Stände als souveräne Kantone. Den zeitgenössischen demokratischen Ansprüchen suchten die Verfassungsschöpfer von 1848 mit dem Repräsentationsprinzip gerecht zu werden. Auch wirtschaftsliberales Gedankengut fand Eingang. Etliche Bestimmungen erleichterten den Handel sowie den Personenverkehr zwischen den Kantonen. Die Zölle im Innern der Eidgenossenschaft wurden abgeschafft, für christliche Schweizerbürger die Niederlassungsfreiheit eingeführt. Damit hatte sich auch in der Schweiz die Vorstellung einer



Nation mit einheitlichem Staatsgebiet, einheitlichem Staatsvolk und einheitlicher Staatsgewalt durchgesetzt. Die Formel «Staat = Nation = Volk» war allerdings mit einem wesentlichen Mangel behaftet: Sie hatte nur wenig mit der Realität zu tun. Nicht in den grossen europäischen Staaten und erst recht nicht in der Schweiz. Diese war vielmehr ein Konglomerat von Regionen mit unterschiedlichster Geschichte, getrennt durch vier Landessprachen und geprägt durch zwei starke Religionsgemeinschaften mit teils gegensätzlichen Wertvorstellungen. In den Jahrzehnten nach der Staatsgründung lag daher die besondere Herausforderung darin, der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu einer gemeinsamen Identität zu verhelfen.

### 3. Ohne Emotion keine Nation

Als Nation, die nicht über kulturelle Merkmale definiert werden konnte, war die Schweiz in besonderem Masse darauf angewiesen, die ideelle Einigung im Innern zu fördern. Die im jungen Bundesstaat postulierte gemeinsame Tradition musste erst geschaffen und belegt werden. Ohne Emotion gibt es keine Nation. Dazu gehört ein nationales Geschichtsbild mit fiktiven Vorfahren. So entdeckte man die Pfahlbauer als die ersten Einwohner Helvetiens. 1891 erklärte man den Bundesbrief zur Gründungsurkunde der Schweiz. Ihren Höhepunkt erreichte die nationale Versöhnungskultur gegen Ende des 19. Jahrhunderts. In Schriften, Denkmälern, Umzügen, Schützenfesten und Landesausstellungen feierte man die Freiheitskriege der alten Eidgenossen und das Schweizeralpenland als die zentralen Elemente einer spezifisch nationalen Identität. Das Bild der Schweiz als das Land wehrhafter Alphirten hat bis heute nur wenig an Kraft verloren. Je rascher ein Modernisierungsprozess voranschreitet, desto stärker scheint das Bedürfnis nach Rückversicherung in der eigenen Geschichte zu sein. (Guggenbühl, in: Die Erfindung der Schweiz.) In den Dienst der nationalen Einheit stellte man aber auch ganz reale Unternehmen. Die Zentralisierung der Post wurde mit der Notwendigkeit zur «Hebung des nationalen Elementes» begründet. Vergleichbares gilt für die Verstaatlichung der Eisenbahnen Ende des 19. Jahrhunderts. Zwar argumentierte man auch wirtschaftlich. In erster Linie aber galt die Parole «Die Schweizerbahnen dem Schweizervolke».

Entscheidend für den langfristigen Erfolg der Willensnation Schweiz war jedoch die Integration politischer Minderheiten in die Regierungsverantwortung. Dabei spielte die direkte Demokratie eine wichtige Rolle. In seinen Anfängen war der Bundesstaat von 1848 in jeder Beziehung ein Produkt der liberal-radikalen Mehrheit. Die Katholisch-Konservativen als die Verlierer des Sonderbundkrieges standen dem neuen Gemeinwesen kritisch gegenüber. Dies änderte sich mit der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874. Über das Referendum konnte die katholisch-konservative Opposition die parlamentarische Regierungsmehrheit des Freisinns blockieren. Sie wuchs zu einem gewichtigen Faktor der nationalen Politik heran. 1891 trat mit dem Luzerner Josef Zemp der erste katholisch-konservative Oppositionelle in den Bundesrat ein. Erst viel später erfolgte die Integration der Arbeiterbewegung in den politischen Konsens. Ende 1943 gewährte die bürgerliche Mehrheit der Bundesversammlung den Sozialdemokraten mit der Wahl von Ernst Nobs die Übernahme von Regierungsverantwortung.

Beschleunigt wurden diese Integrationsprozesse in Krisen- und Kriegszeiten. Während des ersten Weltkrieges stärkte das Vollmachtregime die Schweizer Landesregierung. Rund tausend Notverordnungen wurden erlassen. Die Personalkosten des Bundes stiegen von 75,5 Millionen Franken im Jahre 1913 auf 189,9 Millionen im Jahre 1920. Vergleichbares gilt für die dreissiger Jahre. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft entwickelte sich zu einer Mischform von staatlich gelenkter und marktwirtschaftlich offener Ökonomie, in der die Behörden mit den Interessenverbänden Interventionen und Förderungen absprachen. Ziel dieser korporativen Bestrebungen war es, Staat und Wirtschaft in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Bedrohungen zu einer grösseren harmonischen Einheit im Dienste des Volkes zu verbinden und der Gefahr von aussen geschlossen entgegenzutreten. 1937 begründete das Friedensabkommen in der MEM-Industrie die formalisierte Sozialpartnerschaft. Der korporative Interventionismus verstärkte sich während den Kriegsjahren und ersetzte den Wettbewerb durch den «Heimatschutz» im Dienste des nationalen Überlebens. Im Jahre 1943 trat der Bundesbeschluss über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen in Kraft. Angesichts der weiterhin als bedrohlich beurteilten weltpolitischen Lage fand die Rückkehr zu einer Trennung von Staat und Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg nur sehr zögerlich und in vielen Branchen überhaupt nicht statt. Die geistige Landesverteidigung prägt

noch heute das nationale Selbstverständnis der Schweiz. Wir sind unverändert im Krisenmodus des 20. Jahrhunderts unterwegs.

## 4. Nationalstaat und Globalisierung

Die Vorstellung in sich geschlossener Nationalstaaten war immer mehr Mythos als Realität und wird durch die Globalisierung weiter relativiert. Die weltweite ökonomische Vernetzung reduziert die Freiräume für souveräne, nationalstaatliche Entscheidungen. Die Entgrenzung von Ökonomie, Gesellschaft und Kultur untergräbt Koordinatensysteme, die auf territorialer Grundlage errichtet wurden. Migration, Mobilität und Multikulturalität verändern die nationale Wahrnehmung. Es ist nicht mehr entscheidend, woher du kommst, sondern was du tust. Parallel dazu beobachten wir eine Renaissance lokaler Identitäten. Mit dem weltumspannenden Austausch verstärken sich Räume für lokale Differenzierungen und die Identifikation mit kleineren Einheiten, Gruppen und Bewegungen. Die globale Wirtschaft ist ein intuitives Konzept, das sich von unten nach oben entwickelt und sich seine eigene spontane Ordnung schafft. Das weltweite Datennetz ist trotz aller Herausforderungen durch «Big Data» nicht hierarchisch organisiert. Dezentrale, evolutionäre Prozesse machen das Wesen der gesellschaftlichen und politischen Erneuerung aus.

Diese Veränderungen werden von den Mächtigen dieser Welt nicht ohne Widerstand hingenommen. Auf den verschiedensten Ebenen wird versucht, den nationalstaatlichen Bedeutungsverlust mit den Mitteln der Machtpolitik zu kompensieren. Dazu gehört die Unverfrorenheit, mit der die USA ihr Recht exterritorial durchsetzt. Vergleichbares gilt für die G7, G8, G20 oder wie sie alle heissen. Gemeinsam ist allen diesen Institutionen, dass sie ohne demokratische Legitimation Entscheidungen treffen und diese gegenüber Dritten durchsetzen. Wer nicht pariert, kommt auf eine schwarze oder graue Liste und wird mit der Androhung wirtschaftlicher Repression in die Knie gezwungen. Einen aus demokratischer Sicht korrekteren, aber im Resultat nicht weniger fragwürdigen Weg beschreiten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Hier wird versucht, das Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität schrittweise auf eine Europäische Zentralregierung zu übertragen. Man will die Konstruktionsfehler der nationalstaatlichen Organisation

durch einen Super-Nationalstaat korrigieren. Ein Experiment, das nicht funktionieren kann. Noch viel stärker als für die Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts gilt für die Europäische Union, dass die Gleichung «Staat = Nation = Volk» nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Im Gegenteil. Europa hat seit dem Ende des kalten Krieges an Homogenität eingebüsst und ist durch ausgeprägte Wohlstands- und Wirtschaftsunterschiede sowie die Wiederentdeckung von alten ethnischen Differenzierungen geprägt. Subventionssysteme produzieren unter diesen Voraussetzungen im besten Fall kurzfristige Loyalitäten, langfristig lässt jedoch der supranationale Zusammenhalt nicht kaufen. Daran ändern auch Grossprojekte wie die Einführung des Euro nichts. Politische Massnahmen, die nicht durch die wirtschaftliche Vernunft, sondern mit dem Ziel der künstlichen Förderung einer europäischen Identität verabschiedet werden, richten sich früher oder später gegen das System. Der Versuch, nationalstaatliche Strukturen auf eine nächsthöhere Ebene zu transferieren, ist in einer entgrenzten Welt zum Scheitern verurteilt. Schwaches Wachstum, eine hohe Arbeitslosigkeit und überschuldete Staatshaushalte sind die sichtbaren Folgen von politischen Systemen, die es verpasst haben, ihr eigenes Koordinatensystem dem Koordinatensystem einer globalisierten und digitalisierten Welt anzupassen.

## 5. Was nicht sein darf, kann nicht sein

«La suisse n'existe pas». Dieses Motto brachte der Künstler Ben Vautier in die Weltausstellung von Sevilla ein. Dieser Satz führte zu heftigen Protesten. Nur, war die Aussage wirklich so falsch? Ist die Idee der Schweiz als geschlossene Nation nicht in der Tat eine Fiktion, die lediglich durch Bilder aus der Vergangenheit zusammengehalten wird? Sind es nicht vielmehr die Kantone, die unterschiedlichen Sprachen, die Religionen und unsere Internationalität die das Besondere der Schweiz ausmachen? Bedeutet die Weltoffenheit der Westschweizer – so Alt-Bundesrat Blocher – ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz? Wie souverän kann ein Kleinstaat in einer globalisierten Welt sein? Eines ist klar: Die Schweiz ist in hohem Masse in die Welt integriert. Mit einem Ausfuhrvolumen von über 200 Milliarden Franken und zusätzlich 85 Milliarden exportierten Dienstleistungen gehört die Schweiz zu den Ländern mit dem höchsten Anteil des Aussenhandels am Brutto-

inlandprodukt. 60 Prozent der Schweizer Exporte gehen in den EU-Markt. Die von Schweizer Unternehmen im Ausland gehaltenen Direktinvestitionen belaufen sich auf über 800 Milliarden Franken, beschäftigt werden über 2,5 Millionen Personen. Von den 21 Chefs der wichtigsten börsenkotierten Firmen haben lediglich sechs einen roten Pass. 42% aller Geschäftsleitungsmitglieder in den 100 grössten Schweizerunternehmen sind Ausländer. Rund ein Drittel aller Firmengründungen werden in der Schweiz von ausländischen Staatsangehörigen getätigt. In den Kantonen Genf, Waadt, Tessin, Zug und Basel-Stadt machen die Ausländer fast die Hälfte der Firmengründer aus. Im Bereich Nahrungsmittel- und Produktsicherheit sind in der Schweiz rund 23'000 Standards in Kraft. 95% dieser Vorgaben basieren auf internationalem oder europäischem Recht. Acht der elf Nationalmannschaftsspieler der Standardformation unserer Fussballnationalmannschaft sind Secondos. Die Stars der Schweizer Leichtathletik heissen Mujinga Kambundji und Kariem Hussein. Pro Kopf hat die Schweiz im Jahr 2012 von allen OECD-Ländern am meisten dauerhafte Einwanderer aufgenommen. Wir sind in hohem Masse globalisiert.

Eine ganz andere Wirklichkeit nimmt die national-konservative Schweiz wahr. Diese erlebt die Ausländer als Gefahr für unsere Identität und als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Für sie gilt der Schweizervorrang. Nicht anders als im 19. Jahrhundert kontert man die Realitäten einer vielfältigen und sich wandelnden Schweiz mit Bildern wehrhafter Eidgenossen im auserwählten Schweizeralpenland. Den Kampf gegen den angeblichen schleichenden EU-Beitritt eröffneten sie mit Treichlergruppen im Wäggital. Wer mitmacht, ist Patriot, alle anderen verscherbeln das Heimatland. Bundesrat, Parlament, Justiz und die Wissenschaft werden mit Diktaturen verglichen. Die Weltwoche beschimpft Bundesräte als Feiglinge und setzt die Exponenten der Europäischen Union in eine Reihe mit Napoleon, Mussolini und Hitler. 1815 folgte auf den revolutionären gesellschaftlichen Aufbruch der französischen Revolution eine Phase der Restauration. Das Staatsideal des Ancien Régime, die Prinzipien der Autorität und Legitimität der überlieferten Herrschaftsverhältnisse einer gottgewollten Ordnung wurden, wenn auch nur für kurze Zeit, reanimiert. Vergleichbares versucht heute die national-konservative Schweiz. Zwar will man – wenigstens vorerst – nicht zurück in vorrevolutionäre Zeiten. Das Rad soll jedoch in die vermeintlich gute alte Zeit des kalten Krieges zurückgedreht werden. Nationalrat Matter brachte es auf den Punkt: «Es sei daran erinnert, dass die

Schweizer Wirtschaft ihre grösste Zeit in den Jahrzehnten nach der Nachkriegszeit erlebt hat. Hauptsächlich nach 1945 eroberten sich unsere Grosskonzerne, aber auch viele KMUs die globalen Weltmärkte. Und dies – wohlverstanden – ohne jede Personenfreizügigkeit.» (Bilanz 05/2014) Glasnost? China? Indien? Internet? Mobilität? Globalisierung? Fehlanzeige. Was nicht sein darf, kann nicht sein.

Im Gegensatz zur national-konservativen ist die links-grüne Schweiz der Internationalen verpflichtet. Dabei steht sie allerdings vor einem unauflösbaren Dilemma. Die Rezepte der sozialpolitischen Interventionspolitik können nur in einer national organisierten Küche angerichtet werden. Staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt, eine staatliche Konjunktur- und Industriepolitik, Mietzinskontrollen, die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und der Altersvorsorge, Ausbau des Wohlfahrtsstaates – dies alles sind Massnahmen, die nur innerhalb nationalstaatlicher Grenzen funktionieren und deshalb im Ergebnis nicht weniger abschottend wirken als die Angst vor Überfremdung. Bezeichnenderweise war es eine Sozialdemokratin, die nicht nur gegen die Abschaffung der Lex Koller antrat, sondern darüber hinaus Personen im Ausland den Kauf von Anteilen an schweizerischen Immobilienfonds und börsenkotierten Immobiliengesellschaften verbieten wollte. Diese linke Abwehrhaltung findet immer wieder Verbündete in der gewerblichen Wirtschaft. Bürokratische Absurditäten wie die Kautionspflicht im Rahmen des Entsendegesetzverfahrens oder die Solidarhaftung bei Subunternehmerketten im Baugewerbe waren nur dank prominenter Unterstützung aus bürgerlichen Kreisen mehrheitsfähig.

Die linke und rechte Wirtschaftspolitik verbindet die Absicht, die Binnenwirtschaft und insbesondere den Schweizer Arbeitsmarkt von der weltweiten Entwicklung abzuschotten. Der allgemeine Wohlstand, unsere Arbeitsplätze und das ausserordentliche Lohnniveau sollen nicht über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern mittels staatlicher Besitzstandsgarantien gesichert werden. Eine Illusion. Wie Fürst Hans-Adam II. von Liechtenstein treffend formuliert, sind Nationalismus und Sozialismus im Grund genommen die Vor- und Rückseite der gleichen wertlosen Blechmünze, die im Zeitalter der Globalisierung langsam vor sich her rostet. Die wohlfahrtsstaatliche Zwangsumverteilung, die von geschlossenen Grenzen und immobilen Arbeitskräften ausgeht, scheitert an den Realitäten einer



globalisierten Gesellschaft. Vergleichbares gilt für den Versuch, einzelne Unternehmen oder ganze Branchen mit staatlichen Interventionen vor den Herausforderungen des grenzüberschreitenden Wettbewerbs zu schützen. Kunststoffenster für Schweizer Häuser werden in Polen gebaut. Für Autobauer, die an den Wachstumsmärkten partizipieren möchten, ist eine Internationalisierung des Geschäfts mit lokalen Produktionskapazitäten unerlässlich. Dies wiederum zwingt die Zulieferer, ihren Hauptkunden ins Ausland zu folgen. Novartis errichtet ein globales Dienstleistungszentrum für bis zu 8000 Arbeitsplätze im Süden von Indien. Google Schweiz beschäftigt in Zürich Mitarbeitende aus nicht weniger als 60 Nationen. Selbst kleine Informatikunternehmen kooperieren mit Entwicklern in Osteuropa. Der Einzelhandel und der Tourismus sind mit den Folgen von teils stark unterschiedlichen Preisen für vergleichbare Produkte und Dienstleistungen konfrontiert. Die Einkaufs- und Ferientouristen aus der Schweiz geben rund 22 Milliarden Franken im Ausland aus. Wenn es um den eigenen Geldbeutel geht, verglüht die Vaterlandsliebe rascher als eine 1.-August-Rakete. An all diesen Fakten führen keine Wege und vor allem keine geschützten Werkstätten vorbei. Jeder Versuch, die eigene Volkswirtschaft mit protektionistischen Massnahmen vor den Konsequenzen der Internationalisierung von Wertschöpfungsketten zu schützen, geht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit und wird mit Wohlstandsverlusten in Rechnung gestellt. Auch diesen Bär kann man nicht waschen, ohne das Fell nass zu machen.

## 6. Baustelle Nationalstaat

Die Entstehung von Nationalstaaten ist eine der Folgen des tiefgreifenden Wandels von der traditionellen Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts. Der Nationalstaat als Organisationsform sicherte die Freiheitsrechte der einzelnen Bürger und erleichterte durch den Zusammenschluss zahlreicher kleiner staatlicher Einheiten den Austausch der in den Fabriken hergestellten Güter. Die Geschichte des Nationalstaats verdeutlicht, wie sehr sich politische Strukturen im Gleichschritt mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen entwickeln. Man braucht deshalb kein Prophet zu sein, um die These aufzustellen, dass Globalisierung und Digitalisierung nicht nur unsere Unternehmen, sondern auch unsere staatlichen Strukturen fundamental verändern werden. Weltweit aufgestellt

te Unternehmen, soziale Netzwerke und interkulturelle Wertvorstellungen prägen die Moderne. Die globale Entgrenzung bewirkt eine Verschiebung vom Politischen zum Ökonomischen. Mit der Digitalisierung und der weltweiten wirtschaftlichen Vernetzung verabschiedet sich das nationalstaatliche Ideal einer Einheit von Staatsvolk, Staatsgewalt und Staatsgebiet endgültig ins Reich der Mythen. Damit verbunden ist eine Diffusion der Macht weg von den traditionellen Nationalstaaten hin zu informellen Netzwerken, losen Bündnissen und – vielleicht am wichtigsten – zum Individuum selbst. (Stanley McChristal)

Trotz all dieser Herausforderungen findet eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der Zukunftstauglichkeit unserer Institutionen kaum statt. Vielmehr pflegen alle politischen Gruppierungen ihre heiligen Kühe und versuchen, die Privilegien ihrer Wählerbasis über die Runde zu bringen. Politische Strukturen, regionale Befindlichkeiten, die Landwirtschaft, die Schweizer Post, Gesamtarbeitsverträge, Studiengebühren im Umfang eines Handyabos, ein soziales Existenzminimum für Familien in der Höhe eines Durchschnittseinkommens, Subventionen für Sonnenkollektoren, dies alles und noch viel mehr gilt als unberührbar. Nicht anders als zu den Zeiten des Ancien Régime fehlt es uns nicht an Einsicht, sondern an der Kraft zu handeln. Auch wir stecken in einem Identitäts- und Interessenkonflikt. Ein politisches System, das knapp die Hälfte des Bruttoinlandproduktes verwaltet, schafft Abhängigkeiten, die einen grundsätzlichen Kurswechsel nahezu unmöglich machen. Dies ändert aber nichts daran, dass sich die Welt verändert. Mit Schlaumeiereien, wie dem neuen Gebührenmodell für die Finanzierung der staatlichen Medien lassen sich möglicherweise Abstimmungen gewinnen. Nicht aufzuhalten ist aber die Verlagerung des Medienkonsums in die Welt der sozialen Medien, des Streamings und der Nischenangebote. Das Schweizer Fernsehen, dessen typischer Zuschauer knapp zwanzig Jahre älter ist als der Durchschnittsschweizer, mag für eine ältere Generation unverzichtbare Unterhaltung bieten. Mit dem selbstdefinierten Anspruch, einen Beitrag zum Zusammenhalt der verschiedenen Landesteile, zum Austausch zwischen den Sprachregionen und zum gegenseitigen Verständnis der unterschiedlichen Kulturen zu leisten, hat dies wenig zu tun. Auch in diesem Zusammenhang reduziert sich die nationale Einheit auf ein Geschäftsmodell zur Rechtfertigung einer in ihrer Höhe weltweit einzigartigen Mediensteuer. Vergleichbares gilt für viele weitere Bereiche des staatlichen Handelns. Die Kulturbotschaft des

Bundesrates sieht für die Jahre 2016 bis 2019 Ausgaben von 900 Millionen Franken vor. Bundesrat Berset: «Mit einem Wachstum von 3.4 Prozent pro Jahr anerkennt der Bundesrat, wie wichtig die Kultur für unseren nationalen Zusammenhalt ist».

## 7. Von der nationalen Einheit zur nationalen Vielfalt

Bei allen Vorbehalten gegenüber dem postmodernen Nationalstaat ist davon auszugehen, dass dieser auch in absehbarer Zukunft die einzige Institution sein wird, die dem Einzelnen die politischen Grundrechte garantieren kann. Allerdings müssen wir uns davon verabschieden, diese Garantie als Amalgam aus kampfloser Freiheit, stressfreier Sicherheit und leistungsunabhängigem Einkommen (Peter Sloterdijk in: Scheu) zu interpretieren. Vergessen wir die Komfortzone. Entweder werden wir besser, so Ludwig Hasler, oder die anderen werden besser als wir. Und dieses Besser besteht nicht aus einer einzigen, richtigen und allgemeinverbindlich erklärten Lösung. Die Moderne ist ein offenes Konzept. Es kann immer noch anders kommen. Nichts ist sicher, alles ist möglich. In einer Welt voller Optionen, Überraschungen und Neuerungen tritt der Aspekt der Pluralität in den Vordergrund. Es geht nicht mehr um die nationale Einheit als vielmehr um die Vielfalt innerhalb und ausserhalb nationalstaatlicher Grenzen. Daran können und werden auch fanatische Glaubenskrieger und schiesswütige Terroristen nichts ändern. Die Aufklärung ist kein linearer, aber ein unumkehrbarer Prozess. Mittel- und langfristig werden einzig diejenigen Gemeinwesen erfolgreich sein, die auf Toleranz, den Wettbewerb der Ideen und der Institutionen setzen. Besitzstandgarantien sind Relikte aus Zeiten geschlossener Gesellschaften. Dies gilt auch für die Konkordanz, die Sozialpartnerschaft und den Service Public, die politischen Kartelle aus den Krisen- und Kriegzeiten des vergangenen Jahrhunderts.

Das Konkordanzprinzip zielt darauf ab, eine möglichst grosse Zahl von Akteuren in den politischen Prozess einzubinden. Dies mit dem Ziel, innenpolitische Konflikte zu vermeiden und potenziellen Oppositionsbewegungen den Boden zu entziehen. Die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich jedoch nicht mehr auf das traditionelle Parteiensystem übertragen. Die Stellung

der Schweiz in Europa, Fragen der Familienpolitik, der Einwanderung oder des Umweltschutzes verlaufen quer durch die alten Konfliktfronten der Verbände und Parteien. Dies begünstigt den Aufstieg von Interessenorganisationen, die sich auf einzelne Themen fokussieren. Bei den politischen Parteien steigt gleichzeitig der Druck, sich am Wechselwähler zu orientieren. Dazu gehört, dass sie sich bei Volksabstimmungen gegen die von ihren Exekutivmitgliedern gestaltete Regierungspolitik positionieren. Dieses Doppelspiel von Regierungsbeteiligung und Opposition führt immer wieder zu unheiligen Allianzen, blockiert echte Reformen und endet in einer Politik der kleinsten Schritte. Kritischen Bemerkungen wird entgegengehalten, dass man nicht schneller marschieren könne, als die Musik spielt. Dabei wird das Entscheidende übersehen. Wenn die Musik zu langsam spielt, muss man das Notenblatt auswechseln. Dazu gehört der Abschied von der Schein-Konkordanz. Regierungen sollten künftig durch Parteien gebildet werden, die sich in den entscheidenden Fragen auf ein gemeinsames Programm einigen können und sich in den parlamentarischen Auseinandersetzungen und bei Volksabstimmungen hinter diese Zielsetzungen stellen. Die direkte Demokratie wird dafür sorgen, dass die Schweiz auch nach einem Systemwechsel nicht in das Ping-Pong-Spiel von Opposition und Regierung unserer Nachbarstaaten verfällt. Bei uns verfügen die Nicht-Regierungsparteien dank Initiative und Referendum über starke Instrumente, der Regierungsmehrheit auch zwischen den Wahlen Grenzen zu setzen. Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert und den Krisenjahren des 20. Jahrhunderts geht es nicht mehr darum, im Interesse der nationalen Einheit referendumsfähige Gruppierungen über die Regierungsbeteiligung von einer aktiven Oppositionsrolle abzuhalten. Referendum und Initiative sind unter den heutigen Bedingungen keine Bedrohung der nationalen Einheit, sondern vielmehr topaktuelle Werkzeuge des politischen Wettbewerbs. Dies ganz im Sinne der Verfassungsgeber des 19. Jahrhunderts.

Vergleichbares gilt für die Sozialpartnerschaft. Angesichts der äusseren Bedrohungen in den dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts erscheint die Absicht des Landesmantelvertrages auch im Rückblick als vernünftig, im Interesse des nationalen Zusammenhalts Arbeitskonflikte unter Verzicht auf Kampfmassnahmen zu erledigen. Und selbst die erste Allgemeinverbindlicherklärung eines Gesamtarbeitsvertrages durch den Bundesrat im Jahre 1943 ist als kriegswirtschaftliche

Massnahme nachvollziehbar. Die eidgenössische Verhandlungsdemokratie führte uns mit Erfolg durch die Krisenzeiten des letzten Jahrhunderts. Verhandlungen machen allerdings nur dann Sinn, wenn sämtliche Parteien am Verhandlungstisch sitzen. Dieser Anspruch ist in der modernen Welt mit ihren global organisierten Wertschöpfungsketten nicht zu erfüllen. Die internationale Arbeitsteilung folgt nicht der nationalstaatlichen, sondern der unternehmerischen Logik. Es ist deshalb an der Zeit, dass wir die mit staatlichem Zwang ausgestatteten Gesamtarbeitsverträge entsorgen und die Sozialpartnerschaft der Funktionäre in eine echte, innerbetriebliche Zusammenarbeit von mündigen Menschen verwandeln. Auch in diesem Zusammenhang gilt es, Vielfalt zuzulassen. Dies nicht auf Kosten, sondern im Interesse der einzelnen Menschen und ihres Anspruchs auf eine individuelle, selbstbestimmte Lebensgestaltung.

Globalisierung und Digitalisierung verändern mit besonderer Radikalität unsere Unternehmen. Ganze Branchen verschwinden, neue entstehen. Es gilt das Gesetz der schöpferischen Zerstörung. Aus der Transformation der analogen in eine digitale Welt, dem Wandel von der Industrie- in eine Wissensgesellschaft und den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Veränderungen wie der demografischen Entwicklung ergeben sich zahllose Chancen für neue Unternehmen, Produkte und Arbeitsplätze. Bei der Wahrnehmung dieser Chancen kommen wir allerdings in der Schweiz rasch an Grenzen. Mit der Bildung, den elektronischen Medien, dem Gesundheitssektor und der Infrastruktur sind bei uns wichtige Wachstumsbranchen verstaatlicht und als Service public der privaten Initiative mehr oder weniger entzogen. Zweifellos haben wir nicht nur die beste Armee, sondern auch die beste Eisenbahn, das beste Fernsehen und die beste Post mit den schönsten Briefkästen und den besten Postautos der Welt. Nur, ausserhalb unserer Landesgrenzen interessiert dies kaum jemanden, international fehlt jede Wettbewerbsfähigkeit. Im Umfeld grenzüberschreitender Wertschöpfungs- und Informationsketten erweist sich die Ausrichtung von staatlichen Monopolunternehmen auf den nationalen Zusammenhalt als Rettungsring aus Beton. Staatlichen Betrieben wie der Schweizer Post bleibt angesichts sich verändernder Märkte nicht viel mehr übrig, als mit dem Verkauf von Kaugummi und Bankprodukten privaten Unternehmen das Wasser abzugraben. Eine Entwicklung, die nur Verlierer kennt. Weit besser ist es, wenn wir

auch hier die Herausforderungen der Zukunft zu Verbündeten machen, Staatsmonopole abbauen und private Initiative fördern.

Von Aristoteles stammt die Erkenntnis, dass wir den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen können. Die Globalisierung ist eine Tatsache. Daran kann auch die Sehnsucht nach den guten alten Zeiten geschlossener Grenzen und abgeschotteter Märkte nichts ändern. Veränderung aber bedeutet Verunsicherung. Und diese Verunsicherung wirkt als Steilpass für diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die das Rad der Zeit nach links oder rechts zurückdrehen wollen. Bekanntlich ist jedoch nichts so beständig wie der Wandel. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen lassen sich nicht aufhalten. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob es gelingt, diese Veränderungen als Chance zu nutzen. Dazu müssen wir nicht nur unser Verhältnis gegenüber Drittstaaten, sondern auch die politischen Strukturen und Prozesse im Innern neu erfinden. Die Wortführer einer vergangenheitsorientierten Schweiz berufen sich mit Leidenschaft auf die grossen liberalen Politiker des 19. Jahrhunderts wie Ulrich Ochsenbein und Alfred Escher. Dabei wird etwas Entscheidendes missverstanden: Die historische Leistung dieser Persönlichkeiten liegt nicht in der Bewahrung traditioneller Werte, sondern in deren Erneuerung. Sie haben es verstanden, die durch den fundamentalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel herausgeforderte politische Schweiz in eine neue Zeit zu transformieren. Sie bauten keine Kathedralen, sondern erarbeiteten neue Spielregeln für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft. An dieser Leistung gilt es sich zu orientieren.



# Literaturverzeichnis

**Altermatt Urs, Bosshart-Pfluger Catherine, Tanner Albert (Hsg.)**

Die Konstruktion einer Nation, Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.- 20. Jahrhundert;  
Die Schweiz 1798–1998: Staat – Gesellschaft – Politik, Band 4; Chronos Verlag, Zürich, 1998

**Acemoglu Daron**

Elitäre Macht bringt Nationen zu Fall;  
www.format.at; 22. Juni 2012

**Bunz Mercedes**

Die stille Revolution; Suhrkamp Verlag Berlin; 2012

**Fürst Hans-Adam II von Liechtenstein**

Der Staat im dritten Jahrtausend; Stämpfli Verlag AG, Bern, 2010

**Gugerli Daniel**

Aus welchen Problemen und Chancen könnte sich ein politisches Projekt entwickeln?;  
in: Das Magazin, Nr. 36,  
6. September – 12. September 2014, S. 26

**Habermaas Jürgen**

Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung;  
in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 44 (1999), H. 4, S. 425 – 436

**Hasler Ludwig**

Wer Wachstum will, muss Freiheit puschen;  
Referat, Schweizerischer Gewerbekongress; 23. Mai 2012

**Hasler Ludwig**

Welchen Leadertypus braucht die Schweiz heute?; Referat; Impulsapéro von Kellerhals Anwälte und Abegglen Management Consultants; 19. August 2014

**Langewiesche Dieter**

Liberalismus heute; Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, 2001

**Lotter Wolf**

Deal?; in: brand eins; 16. Jahrgang, Heft 10, Oktober 2014

**McAfee Andrew**

Eine Welt ohne Plackerei; Spiegel-Gespräch;  
Der Spiegel 35/2014

**McChrystal Stanley**

Die Welt aus dem Gleichgewicht;  
in: Notenstein Gespräch, Juni 2014

**Nef Robert**

Souveränität und Staatsglaube;  
in: NZZ, 26.11.2012

**Parkinson Cyril Northcote**

Parkinsons Gesetz; Econ & List Taschenbuch  
Verlag, München, 1999

**Reinhard Wolfgang**

Geschichte des modernen Staates: Von den  
Anfängen bis zur Gegenwart; C.H. Beck,  
München, 2007

**Robertson-von Trotha Caroline Y.**

Die Dialektik der Globalisierung; Universitäts-  
verlag Karlsruhe, Karlsruhe, 2009

**Scheu René**

Der Luxus, sich arm zu fühlen;  
in: Schweizer Monat, Sonderheft 17,  
September 2014

**Schweizerisches Landesmuseum (Hg.)**

Die Erfindung der Schweiz 1848-1998;  
Bildentwürfe einer Nation; Chronos Verlag,  
Zürich, 1998

**Triebelhorn Marc**

Der taumelnde Kleinstaat;  
in: NZZ vom 28. Juni 2014

**Weigelt Kurt**

Das Ende der Verhandlungsdemokratie;  
IHK-Schriftenreihe Nr. 29, 2008  
Sozialstaat Schweiz – zu viele Schulden,  
zu wenig sozial;  
IHK-Schriftenreihe Nr. 30, 2008  
Das Ende der Verhandlungsdemokratie;  
IHK-Schriftenreihe Nr. 29, 2008  
Erst studieren, dann zahlen;  
IHK-Schriftenreihe Nr. 34, 2011  
Vorteilsprinzip und Staatsfinanzierung;  
IHK-Referat Nr. 1, 2012  
Freiheit schafft Wohlstand;  
IHK-Referat Nr. 2, 2013  
Mehr Vielfalt, weniger Politik;  
IHK-Schriftenreihe Nr. 35, 2014

# Über den Autor

## Dr. Kurt Weigelt

Kurt Weigelt, geboren 1955, studierte an den Universitäten Zürich und Bern Rechtswissenschaften. Anschliessend doktorierte er bei Prof. Dr. P. Saladin zu den Möglichkeiten einer staatlichen Parteienfinanzierung unter vergleichender Berücksichtigung der Gesetzgebung in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Studienaufenthalte in Paris und Los Angeles. Im Anschluss an seine Ausbildung kaufte er gemeinsam mit seiner Gattin ein Unternehmen im Bereich des Einzel- und Versandhandels. Die Bürowelt Schiff AG wird heute von Regula Weigelt-Knecht alleinverantwortlich geführt. Seit 2007 ist Kurt Weigelt Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell. Er ist Vater von vier Kindern und wohnt in St.Gallen.





**IHK**  
Industrie- und  
Handelskammer

St.Gallen  
Appenzell

Gallusstrasse 16  
Postfach  
9001 St.Gallen

T 071 224 10 10  
F 071 224 10 60  
[www.ihk.ch](http://www.ihk.ch)